

# LES SACRIFIÉS

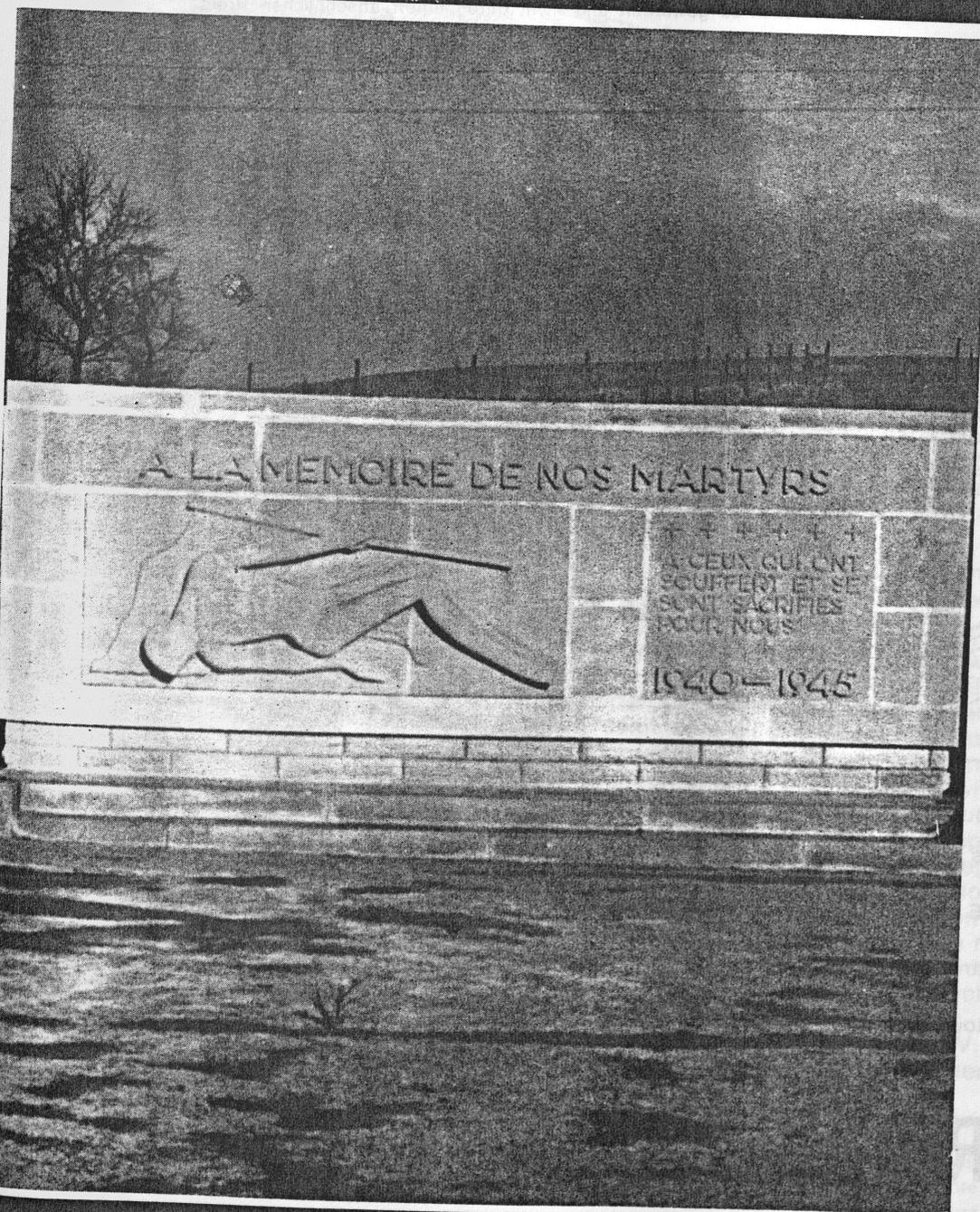
Bulletin mensuel de la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force

N° 4 / 1971

11e année

Prix: 8,- frs lux.

Abonnement: 60 frs



Monument  
aux  
Morts  
Berbourg



Tirage 10 000

## Nationalproblem: Zwangsrekrutierung

Feststellungen — Bericht zur Lage — Konsiderationen.

Auf dem Nationalkongreß der Christlich-Sozialen-Volkspartei (CSV), welcher am 27. März dieses Jahres im Festsaal des Kulturzentrums in Hollerich tagte, ging unter vielem anderem auch die Rede über das Problem der Zwangsrekrutierten. Dem Bericht zufolge, den Paul Weitz über den Kongreß schrieb, und der im «Luxemburger Wort» vom 29. März erschien, war unter dem Titel: «Tätigkeitsbericht», den Generalsekretär Nic. Mosar der Versammlung vortrug, folgendes zu entnehmen:

«Ein weiteres politisches Problem ist durch die Kampagne der Zwangsrekrutierten gegeben. Der C.S.V.-Generalsekretär erklärt, die Partei und Fraktion habe sich fair an die Stellung gehalten, die in einem Brief des Staatsministers festgelegt worden war. Das war nicht beim Koalitionspartner der Fall, wo die Partei mehrfach eine andere Haltung einnahm als die Regierungsmitglieder.

«Die C.S.V. ist bereit, jedwede Lösung anzunehmen, unter der Bedingung, daß sie allen Seiten gerecht wird und für beide bindend ist.»

Das ist eine merkwürdige Sprache. Hier wird der Eindruck erweckt, als sei erst durch eine bestimmte Kampagne der Zwangsrekrutierten ein «**politisches Problem**» entstanden: Würde dies stimmen, dann wäre all das Vorherige, das Voraufgegangene eine Fata Morgana gewesen. Aber dem ist nicht so. Das Problem der Zwangsrekrutierten besteht schon viele Jahre. Es ist seit mehreren Jahren großjährig. Seit seinem Bestehen war es ein politisches, ja nationales Problem. Kampagnen unsererseits hat es in all den Nachkriegsjahren gar viele gegeben, und mannigfaltig waren sie auch. Monsterdemonstrationen gab es am laufenden Band. Vielfältig waren die Aktionen in der Vergangenheit. Heute hat es den Anschein, als hätten manche, und besonders die Politiker, bei solchen Anlässen den Kopf in den Sand gesteckt. In diesem Zusammenhang möchten wir an dieser Stelle die Gedächtnisse etwas auffrischen. Gerade im «Luxemburger Wort» und in den Kreisen der C.S.V. sollte man sich doch jenes 25. Oktober des Jahres 1947 erinnern. Damals klirr-

### Aus dem Inhalt

Nationalproblem:

Zwangsrekrutierung

Un Parlement, pour quoi faire?

Antrag auf Anrechnung der  
Kriegsjahre, Seite 11

10 Mai 1940 en Luxembourg  
nouv. Livre de H. Koch-Kent.

Bina und der Krieg

Beckerich-Ell-Rédange

Och eng Spicht vum Réner

Fédération des Victimes du Na-  
zisme Enrôlés de Force a.s.b.l.  
Siège: Luxembourg, 9, rue du  
Fort Elisabeth — Case postale  
17 — Luxembourg-Gare  
C.C.P. 313-29

Rédaction du bulletin mensuel  
«Les Sacrifiés», Luxembourg, 9,  
rue du Fort Elisabeth Case  
postale 17 — Luxembourg-  
Gare

Monument National — C. C. P.  
319-10

Fonds d'Action — C.C.P. 210-49

La Fédération représente:

l'Association des Parents des  
Déportés Militaires Luxembour-  
geois, Secrétariat 21, rue du  
Fossé, Luxembourg, C. C. P.

59-02 ● la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945, Case postale 382 — Luxem-

bourg-Ville, C. C. P. 286-33 ● l'Amicale des Anciens de Tambow, Secrétariat: Kleinbettingen, 12, rue de la Gare, C.C.P. 240-07 ● l'Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme, Secrétariat: Luxembourg, 9, rue du Fort Elisabeth Case postale 17 — Luxembourg Gare, C.C. P. 313-24

Imprimerie Hermann, Luxembourg

ten die Fensterscheiben und gingen in Scherben. Zu jenem Zeitpunkt wurde durch das Gekirre von Fensterscheiben die furchtbare Waffe des Schweigens entschärft, mit welcher «Wort» und C.S.V. die Liga «ons Jongen» bekämpfte. Ihre Mitglieder, die «Jongen» jener Jahre, sind heute dieselben Menschen wie damals, nur viel älter und um rund 2000 weniger zahlreich.

Also gab es bereits damals das Problem der Zwangsrekrutierten. Die Regierung jener Jahre betrachtete uns als Bürger dritter Klasse, als Sklaven. Damals stiessen wir auf taube Ohren. Die Regierung unter Staatsminister Pierre Dupong war uns nicht nur nicht wohlgesinnt. Weit schlimmer! Sie stand uns direkt feindlich gegenüber. Von profitgierigen Hintermännern aufgestachelt und angesichts ihrer eigenen Unfähigkeit zeigte sie gar kein Verständnis für die lebenswichtigen Belange der schwergeprüften Jugend und wünschte sie samt ihren nur allzuberechtigten Forderungen zum Teufel. Wie berechtigt eigentlich diese Forderungen waren, hat sich in der Zwischenzeit eindeutig herausgestellt.

Das war vor 23 Jahren. Sollte sich seither etwas geändert haben, dann doch nur recht wenig. In C.S.V.-Kreisen allerdings scheint oder will man nicht informiert sein. Wie anders sollte man sich die Aeußerung erklären, welche Herr N. Mosar laut Paul Weitz auf dem Nationalkongress der C.S.V. tat? Es stimmt keinesfalls, daß erst durch eine bestimmte Kampagne unsererseits «ein weiteres politisches Problem» gegeben ist.

Uebrigens, Kampagne hin, Kampagne her. In der Vergangenheit war jedem, der dies wollte, eine Fülle von Möglichkeiten geboten sich über das uns beschäftigende politische Problem eingehend zu informieren. Wer denn auch nur halbwegs mit den Verhältnissen unseres Ländchens vertraut ist, der weiß, daß man in Kreisen der C.S.V. die Frage der Zwangsrekrutierten sehr gut und genau kennt. Dieserhalb dünkt uns das, was Herr Mosar gesagt haben soll, unehrlich. «Mit falschen, weil verdrehten Mätzchen macht man keine Politik.»

Sollte dies dennoch versucht werden, dann werden solche Mätzchen unweigerlich Reaktionen im Gefolge haben, deren Auswirkungen im Voraus nicht abzusehen sind. Es mag verschiedenen Leuten vorschweben, ein geduldig Volk, eine Herde von untertänigen Speichelleckern zu züchten. Dies liegt allerdings nicht im Wesen der Demokratie. Wir Zwangsrekrutierte sind keine Schafherde und lassen uns nicht leithammen. Weiter hat es der Provokationen an unserer Adresse genug gegeben. Unsere Geduld, unsere Langmut, sie sind bereits weit überfordert. In jahrelangen Vertröstungen erst wurden wir gebracht, im Bewußtsein unserer Ohnmacht die Faust zu ballen. Und in diesem Zusammenhang sollte man den Text des Artikels in der Charta der Menschenrechte in Erinnerung rufen, obschon wir nicht davon Gebrauch machen dürfen. Darin heißt es:

«Quand le Gouvernement viole les Droits du Peuple, l'insurrection est pour le peuple, et pour chaque portion du peuple, le plus sacré des droits et le plus indispensable des devoirs.»

## Ein Brief

Im zweiten Satz des vorhin zitierten «Wort» Textes ist zu lesen, der C.S.V.-Generalsekretär habe erklärt, «die Partei und die Fraktion habe sich fair an die Stellung gehalten, die in einem Brief des Staatsministers festgelegt worden war.»

Was wohl damit gemeint ist, wird jedem uneingeweihten Leser ein Rätsel sein. Welches ist denn die Stellung des Herrn Staatsministers in bezug auf die Frage der Zwangsrekrutierten? Auf welchen Brief wird hier Bezug genommen?

Dies zu erraten ist leichter, als die Quadratur des Kreises erklären zu wollen. (Letzteres ist bis dato ein unmögliches Unterfangen geblieben!) Aller Wahrscheinlichkeit nach machte H. Nic. Mosar Allusion auf den Brief von H. Staatsminister, datiert auf den 28. Mai 1970, der dem Vorstand der Fédération des V.N.E.F. wenige Tage später zuging. Diesen Brief haben wir damals nicht veröffentlicht, kommentiert wurde er allerdings zur Genüge.

Unter der Balkenschrift: «Gouvernement — Enrôlés de Force», kam besagter Brief im «Luxemburger-Wort» vom Samstag, den 13. Juni 1970 zur Veröffentlichung, u. z. gleichzeitig im original, französischen Text und anschließend daran in deutscher Uebersetzung. Dies geschah wohl damals um auf diese Weise die Öffentlichkeit weitgehendst zu unterrichten. Damit nun jeder Zwangsrekrutierte sich überzeugen kann, welches die eigentliche Stellung des Staatsministers ist, an welche die C.S.V. und deren Fraktion sich fair gehalten hat, drucken wir nachträglich den Text des Wernerischen Briefes in deutscher Uebersetzung ab.

Luxemburg, den 28. Mai 1970.

An den Vorstand der Vereinigung  
der Zwangsrekrutierten,  
Opfer des Nazismus  
Luxemburg-Bahnhof  
Postfach Nr. 17

Meine Herren,

Ich habe die Ehre, mich auf unsere Unterredung vom 26. Mai sowie auf Ihren Brief desselben Tages zu beziehen.

Als Antwort auf letzteres Schreiben bestätige ich Ihnen hiermit den Standpunkt der Regierung, so wie ich ihn während der Unterredung vorgetragen habe.

1) Zur Zeit der Vorbereitung des Gesetzes vom 25. Februar 1967 betreffend verschiedene Maßnahmen zugunsten von Personen, die Opfer illegaler Maßnahmen des Okkupanten wurden, haben Regierung und Abgeordnetenkammer das Inventar der realen Unterschiede auf-

Es herrschte lediglich Ruhe während der Zeit die Ferd und Bina brauchten, um die Fütterung der Raubtiere» vorzunehmen. Doch das waren nur zirka 10 Minuten, denn länger brauchten die beiden nicht, um das Beefsteak zu bezwingen, obwohl es sehr «fatzeg» war.

Schließlich war man soweit, daß die heimlichen Adressen ausgetauscht wurden, damit man sich nach dem Kriege schreiben könne. Dabei kam es dann zu einer Meinungsverschiedenheit, die nahe an Streit grenzte. Die Dänen behaupteten nämlich, der Krieg sei in 3 Monaten zu Ende, während die Luxemburger die Ansicht vertraten, es werde noch 8 Monate dauern. Schlußendlich einigten sie sich dann auf 5,5 Monate. Worauf der «Friede» wieder hergestellt war. Schade, daß diese Methode nicht von den Kriegführenden als Vorbild genommen wurde!

Uebrigens erhielten Bina und Ferd die Zusage, am nächsten Sonntag von ihren Freunden ein sog. Königsabzeichen zu erhalten, ein Abzeichen, das jeder Däne damals trug!

Inzwischen rückten die Zeiger der Uhr immer weiter vor und wiesen schließlich auf 10 $\frac{1}{2}$ . Was nicht mehr und nicht minder bedeutete, als daß Bina und Ferd nur noch 30 Minuten verblieben, um ihr Quartier zu erreichen und in die Falle zu kriechen. So wurde denn schnell «Auf Wiedersehen!» gesagt, und die beiden machten sich auf den Weg zum Lager.

Auf den Weg machen, war das eine; dort ankommen, war ein anderes. Denn Ferd war sehr unternehmungslustig geworden. Ob das von dem «fatzeen» Beefsteak oder von dem süffigen Getränk herrührte, war nicht festzustellen; festzustellen aber war, daß Ferd sich nach jedem holden, weiblichen dänischen Wesen umsah, das ihnen auf ihrem nächtlichen Wege in die Quere kam, sodaß Bina jedesmal die größte Mühe hatte, ihn zum Weitergehen zu bewegen. Ja, ja, diese «Danske Pige»! Bina hatte ja im allgemeinen nichts gegen hübsche Mädchen einzuwenden: hier aber wurden sie ihm geradezu zum Schreckgespenst, zum schrecklichen Hindernis. Kaum hatte er Ferd von dem «Pige» losgeeist, da tauchten, kaum 100 Meter weiter 2 andere auf, von denen jedes ein Fahrrad neben sich an der Hand führte. Das schien einen speziellen, noch stärkeren Reiz auf Ferd auszuüben. Er ging los wie Blücher. Und im Nu lagen die Fahrräder kreuz und quer mitten auf der Straße durcheinander!

In diesem Moment waren es noch genau 3 Minuten vor zehn Uhr, 3 Minuten vor dem Zapfenstreich!

Erneut hot Bina seine ganze Ueberredungskunst auf: erneut suchte er seinen Freund aus dem «Gefahrenbereich» zu ziehen. Doch alles war umsonst. Ferd war absolut nicht gesinnt, die freundliche Nähe der Mädchen gegen die harten Lager in der Kaserne einzutauschen.

Da blieb Bina nur noch eines übrig: Er eilte im Marsch-Tempo» auf die Stube, kam dort eine

Minute nach zehn an und schuf größte Unruhe unter den Kameraden, als er seinen Bericht zur Lage gab. Doch dann wurde unverzüglich eine Gegenmaßnahme eingeleitet: Aulnesch Robert startete sofort als Ein-Mann-Stoßtrupp. Und um 7 Minuten nach zehn brachte er den aus der freiwilligen Gefangenschaft Befreiten angeschleppt!

Rasch und ohne viel Mitgefühl wurde gearbeitet, um Ferd ins Bett zu befördern. Kaum war es gelungen, da stand auch schon der Unteroffizier vom Dienst in der Tür zur Stubenabnahme. Und er merkte nichts von der späten Heimkehr! Naja, Schwein muß man haben!

Es ist sehr zu bezweifeln, ob Ferd von seinem Glück etwas wahrnahm. Denn bereits 5 Minuten später schnarchte er wie eine Motorsäge. Trotzdem hatte er, vorsorglich und weit-schauend wie er nun einmal war, sich, für alle Eventualitäten, einen Eimer um den Hals gehängt.

Das war natürlich Futter auf die Nichtsnutzigkeits-Mühlen seiner Kumpanen. Mit Ausnahme von Bina, den der Schlafengel langsam zu greifen begann, huschten sie im Dunkel der Stube gleich Geistern hin und her; da und dort leuchtete kurz eine Taschenlampe auf, verlosch wieder; schließlich umstanden sie — einer Verschwörerbande gleich — Ferd's Lagerstätte. Ihre Oberkörper neigten sich bald rechts, bald links ihren jeweiligen Nachbarn zu, und das Getuschel, das dabei geführt wurde, verhieß wenig Gutes für den armen Fred. Bina aber sank immer tiefer in Morpheus Arme und war nicht mehr imstande, den Vorgängen in der Stube so recht zu folgen. Das letzte Wort, das er noch mitbekam, klang ungefähr wie «Schongwichts»!

d.f.

### Polstermiwel en gros

Nous sommes spécialisés en

### MEUBLES de SALON

Seulement le spécialiste peut vous offrir  
les meilleures conditions

### J. Weirich

DU DELANGE

40, avenue G.D. Charlotte Tel 511717

Importation directes des plus beaux modèles —  
dans tous les styles — à tous les prix — choix  
immense — des prix réellement de gros (jusqu'à  
30 % de remise).

Visitez sans engagement nos salles d'exposition

## Beckerich-Ell-Rédange

Rapport iwer déi 6. Generalversammlung vun den Enrôlés de Force, Bckerich-Ell-Redange

En Dönschdeg, den 16. März huet ons Amicale hir 6. Generalversammlung am Schwächerdall ofgehaalen. (am Café Frank-Schimberg). Als E'regäscht konnte mit de Burgermäschter vu Re'den, Elteren vun de gefaalenen Komeroden an den Abbé Jean Bichler, délégué fir den Norden am CC begréi'ssen. Den Député-maire Henri Diederich huet sech wengst anerwärtigen Verpflichtongen entschöllege geloß.

A senger Begre'ssungsusprooch huet de President Jean Hemmer senger Fréd Ausdrock gin iwer den zahlreiche Besuch, an no enger Gedankenminutt fir déi verstuerwen Komeroden dem Sekretär C. Koppes d'Wuert gin.

Aus dem détaille'erten Rapport d'activité, wo' mer hei kurz nômmen d'Haapterégnesser cité'eren — Quête fir de Monument National de la Solidarité (Resultat Frs 42.130.—) — Fuedelweih vun der Sektio'n — Iwerréchen vun weideren 27 Médailles de la Reconnaissance Nationale — Munumentsaweihung zu Ell — gét erfir, daß d'Sektio'n durch Délégatio'nen bei verschidden patrioteschen Feieren an hire respektiven Gemengen, mäi och bei Nopeschsektio'nen vertrude war, grad eso' wie bei Manifestatio'nen, organisé'ert durch de Fédérationscomité — Protestdémonstratio'n an der Stadt — Rendez-vous zu Colmar (Elsaß) an um Kongress zu Jonglönster, wo' iwregens 4 Komeroden mat dem «Ruban en argent» ausgezéchent go'wen.

Aus dem Késbericht vum Arthur Calmes gét erfir, daß d'Sektio'nskés gesond ass. Ee besonesche Merci gét un ons 3 Gemengen fir hir matériell Oennerstötzung. D'Amicale zielt 93 aktiv Memberen an 144 E'rememberen.

Am Numm vun de Késrevisoren biéd den Edy Hilgert d'Veersammlong dem Caissier décharge ze gin. Hien luewt besonesch déi exact Comptabilité'it vum Arthur an drekt de Wonsch aus, den exakten Caissier sollt nach laang bleiwen.

De Comité vun der Sektio'n ass no der Erneuerung den hei: Jean Hemmer, President, Camille Koppes, secrétaire, Arthur Calmes, trésorier, Didier Léon, Vice-president, Bisenius Joseph, Freymann Félix, Hesse Ferdinand, Hilgert Edouard, Kessel Francois, Pepin Pierre, Thilmany Robert, memrbres; Neu Victor, Portedrapeau.

Als Caisse-reviseurs gin bestömmt; d'Komeroden Veyder Gustave an Wilwertz Francois.

Onse Komerod Abbé Jean Bichler iwerbrennt d'Gré'iss vum Zentralkomité a stellt a sengem Exposé fest, daß et traureg ass, daß mer nach ömmer streide mussen, well d'Gesetz vum Domage de guerre leider nach nöt komplett ass. Leider och nach, négativ ass trotz diplomate-

scher Interventio'n d'Resultat mat de Preisen. Déi verschanzen sech hannert d'Oofkommen vu London. E Friddensvertrag ass fir Mookuchsdaag. De Riedner mängt, Diplomatie wär Heuchelei, dreckt awer de Wonsch aus, daß all ons Beme'hongen eng Ke'er zu engem zefriddenstellenden Resultat géiwen fe'eren. Zum Schluß invite'ert hien ons dann op de Kongreß vun der Associatio'n, den den 6. Juni zu De'fferdeng soll ofgehaalen gin, verbonnen mat engem «table-ronde»-Gespréich.

Den Här Jean Erpelding, Burgermäschter vu Re'den, selwer Resistenzler, brengt seng Sympathie zum Ausdrock fir «Ons Jongen» a bedauert daß et him nöt méglech ass ons moralesch nach méi ze öonnerstötzen, mé verspricht durfir weider de'i materiell Oennerstötzung vun der Sektio'n. En luewt och déi Entente, déi önnert ons Enrôlés aus dénen 3 Gemengen bestét a wönscht, daß mer weider ömmer zesammenhaalen bis ons gerecht Fuerderongen erfüllt sin.

Duerno höft de President d'Veersammlong op, mä bei engem gudden Pättchen sin Diskusio'nen virugangen an Erönnungen ausgetauscht gin.

CK.

### EUROPNEU s. à r. l. LUXEMBOURG

75, rue de Strasbourg, tél.: 48-44-78

VOUS OFFRE  
une sélection  
des meilleurs pneus  
de fabrication européenne

GOODYEAR; UNIROYAL; MICHELIN;  
KLÉBER; DUNLOP; GOODRICH;  
FIRESTONE; PIRELLI, FULDA.

PNEUS RECHAPÉS —  
PROCÉDÉ REMOULD!

A VOTRE SERVICE :  
SERVICE DE MONTAGE et  
d'EQUILIBRAGE

UN PERSONNEL QUALIFIÉ  
PARKING CONFORTABLE

RÉCEPTION et CONSULTATION  
ALBERT KOCH

Faites confiance à

## EUROPNEU

das uns diskriminierende Kriegsschädengesetz in dem von uns geforderten Sinne abgeändert wird. Das, und nur das ist die Lösung unseres Problems. Nur sie allein ist gerecht und für beide Seiten bindend.»

### Eine Anremplung

In dem «Wort»-Zitat ist uns noch ein Weiteres aufgefallen, u.z.: Hatte die Christlich-Soziale-Volkspartei und deren Kammerfraktion sich fair an die vom Staatsminister in seinem Brief festgelegte Stellung gehalten, so war das «nicht beim Koalitionspartner der Fall, wo die Partei mehrfach eine andere Stellung einnahm als die Regierungsmitglieder.»

Damit ist also unumwunden gesagt, die Minister der Demokratischen Partei, die HH. Eugène Schaus, Gaston Thorn und Marcel Marth hielten sich in der Vergangenheit strickt oder fair an die Weisungen des Regierungschefs, während die restlichen Mitglieder dieser Partei mehrfach sich gegen diese stellten. Ob damit ebenfalls die D.-P.-Deputierten visiert wurden?

Wie dem auch immer sei, man kommt nicht an der Feststellung vorbei, daß es hier nicht nur darum ging den Koalitionspartner anzurempeln, sondern um einen politischen Schachzug. Es drängt sich die Frage auf, ob man sich nicht etwa in C.S.V.-Kreisen darüber freut, Schadenfreude also, daß die Bemühungen des luxemburgischen Aussenministers gescheitert sind. Bis zum 27. März letzthin dürfte es sich in der C.S.V. herumgesprochen gehabt haben, was jener Brief beinhaltete, den das bundesdeutsche Amt für Auswertiges dem luxemburgischen Aussenminister im Monat Februar zustellte.

Schadenfreude ist allerdings eine Untugend. Für sie sollte und dürfte es in Kreisen, die sich christlich geben, keinen Platz sein. Das nur so nebenbei.

### Negatives Resultat

Was nun die neuerliche Absage der Bundesrepublik Deutschland anbelangt in bezug auf eine angemessene Entschädigung solcher luxemburgischer Staatsbürger, welche von den Deutschen im letzten Krieg auf illegale und völkerrechtswidrige Art und Weise in militärische und paramilitärische Einheiten des deutschen Heeres zwangseingezogen wurden, dazu folgendes.

Bekanntlich hatte H. Gaston Thorn, nachdem er im Sommer vorigen Jahres in Paris passiert war, erklärt, die Aussenminister Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs würden ein gemeinsames Memorandum ausarbeiten über die gerechte materielle Entschädigung all jener Personen, die in besetzten Gebieten zur deutschen Truppe zwangsrekrutiert worden waren. Das Memorandum hatte zum Ziel, die Bonner Regierung dahin zu bringen, Verhandlungen aufzunehmen. Diese Schrift wurde im September 1970 dem Bonner Auswärtigenamt durch die Botschafter der drei Länder überreicht. Drei E.W.G.-Partner sollten dem vierten aus der Sech-

serreihe klar machen, er möchte gefälligst seine alten Schulden begleichen. Und nun halten wir eine Resultat in Händen, welches all diese lange und schleppende diplomatische Aktivität nicht wert war. Man kann sich des unguuten Gefühls nicht erwehren, daß es sich bei allem nur um Routinetreffen handelte, auf denen die das luxemburgische Verhältnis belastende Frage der Zwangsrekrutierten keinen Schritt, aber auch nicht einmal um einen einzigen Millimeter ihrer Lösung näher gebracht worden wäre.

Das Resultat ist gleich Null. Und darüber legte sich der Schleier des Schweigens. Am 11. März dieses Jahres schrieb uns der luxemburgische Minister für auswärtige Angelegenheiten folgenden Brief (Fettdruck von uns):

Luxembourg, le 11 mars 1971

Monsieur le Président,

Comme suite à l'entretien que j'ai eu récemment avec vous, j'ai l'honneur de vous confirmer ce qui suit:

Vous n'êtes pas sans savoir qu'en septembre 1970, l'Ambassadeur du Luxembourg en République Fédérale d'Allemagne avait remis au Gouvernement allemand, au cours d'une démarche commune faite par les trois pays concernant le problème des enrôlés de force.

Au courant du mois de février 1971, le Ministre Fédéral des Affaires Etrangères a pris position au sujet de cet aide-mémoire. Dans sa réponse le Gouvernement allemand écrit notamment ce qui suit: «**Es besteht zwischen der Bundesrepublik und der luxemburgischen Regierung Einverständnis darüber, daß die zwangsweise Rekrutierung der luxemburgischen Staatsangehörigen im letzten Krieg rechtswidrig war. Die Bundesregierung hat schon seit vielen Jahren auch in ihren Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie diese Maßnahmen moralisch verurteilt.**»

Après cette reconnaissance de sa responsabilité morale, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne répète cependant une nouvelle fois que les revendications actuelles des enrôlés de force font partie des créances dont l'examen est prévu à l'article 5, paragraphe 2 de l'Accord de Londres sur les dettes extérieures allemandes, «**die nur in einem Friedensvertrag mit einer Regierung des gesamten Deutschland geregelt werden können.**» Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne rappelle en outre que — comme il l'a déjà fait savoir par le passé — l'article 8 du même accord «**verpflichtet keine Forderungsart bevorzugt zu befriedigen**», et il continue ensuite à écrire: «**Es ist daher im Hinblick auf die eindeutige Rechtslage nicht möglich, der in dem Aide-Mémoire vom 28. September 1970 gegebenen Anregung zu folgen und wegen der Schwere der erlittenen Schäden dennoch eine Entschädigung zu gewähren. Die Bundesrepublik hat sich bisher in allen reparationsartigen Tatbeständen an die ihr durch völkerrechtliche Vereinbarungen auferlegten Maßstäbe gehalten**

und kann auch hier in der behandelten Angelegenheit hiervon nicht abweichen.»

Je vous signale enfin que dans sa réponse, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne conclut en écrivant ce qui suit: «Die völkerrechtswidrige Einziehung zur Truppe und die sich daraus ergebenden Folgen können jedoch nicht mit der Verfolgung der Juden und anderer rassistisch, religiös oder politisch Verfolgter gleichgestellt werden.»

Je vous confirme par ailleurs qu'une réponse identique a été adressée par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne aux Gouvernements belge et français.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma considération la plus distinguée.

Le Ministre des Affaires Etrangères  
(s) Gaston Thorn.

## Nein! - Nein!

Solcher Art ist das Resultat der Aktion Thorn. Die deutsche Bundesregierung sagte nein. Ist das ein Grund zur Aufregung? Gewiß nicht! Aber freuen sollte sich darüber niemand im Großherzogtum.

Etwas Ähnliches hat es schon gegeben. Es ist bereits eine alte Leier geworden. Und gerade wir Luxemburger sollten die Deutschen doch längst kennen. Unsere alten Leute, unsere Vorfahren pflegten zu sagen: «Fänk nömme näischt mat engem Preis un. E schäisst dech bestömmt enges Daags un!» Und als bedürfte diese Warnung einer Zugabe, fügten sie allenthalben hinzu: «De Preis huet ömmer e Stréch fir säin Här!»

Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit, kann das Bonner Nein uns nicht sonderlich erschüttern, wenn überhaupt. In Wirklichkeit haben wir es mit einer banalen Wiederholung des Dagewesenen zu tun. Wer erinnert sich noch an den 10. März 1966? Zu jener Zeit bekleidete H. Pierre Werner den Posten des luxemburgischen Außenministers. Es hatte viel Aufregung gegeben. Im Eifer des Gefechtes hatte die Abgeordnetenkammer gar eine Motion verabschiedet, womit die Regierung gebeten wurde, zu untersuchen, welche Möglichkeiten es gäbe, das Problem mittels eines internationalen, juristischen Entscheides zu lösen.

Nachträglich wurde nichts daraus. Der Eifer verflieg und die Angelegenheit verlief im Sande. Tatsächlich aber ist das Problem der Zwangsrekrutierung derart vermasselt, der Karren so verfahren, daß es keinen Ausweg mehr gibt. So etwa mögen es sich die Herren aus der Aera Dupong-Bech vorgestellt haben.

Mancher unserer Kameraden wird sich fragen, ob er nun die Rolle der «gekränkten Leberwurst» übernehmen soll, oder ob es zum «Kaméidi» kommt. Nun, wie die Dinge sich nun entwickelt haben, werden wir keines von beiden tun. Die Verantwortlichkeiten sind allerdings

festgelegt. Wir lehnen jedwede Verantwortung ab, wenn es zu irgendwelchen Akten kommen sollte. Wir haben diese Situation nicht heraufbeschworen. Für uns bleibt ganz einfach ein «Preis e Preis.» Den Herren Heinemann, Brandt, Scheel (letztere glaubte im Januar vorigen Jahres behaupten zu dürfen, zwischen Luxemburg und der Bundesrepublik gebe es kein Problem. Er wird sich noch wundern!) und wie sie sonst auch immer heißen mögen, werden wohl tun sich nicht auf luxemburgischen Gebiet zu zeigen.

An unserer Regierung ist es nun, den Zwangsrekrutierten auf nationalem Plane volle Genugtuung zu geben.

## Für die Zukunft . . .

Laut eigener Erklärung ist die Bundesrepublik Deutschland also minderjährig. Demnach sollten sich seine Politiker kleinlauter benehmen, sich nicht als die großen Herren benehmen. Was stellen wir in Europa eigentlich mit einem Minderjährigen an? Erst sollte er zusehen, daß er großjährig wird. Seit langem ist er zwar steinreich, aber seine Schulden will er nicht bezahlen. Er schützt vor, jene, die ihn besiegen, ihn in die Schranken des Menschlichen zurückwies als er großwahnhaft und blutrünstig geworden war, würden ihm verbieten an uns begangenes Unrecht wieder gut zu machen. Dabei hatten die Siegermächte ihm durch das Moratorium von London eine Chance zum Überleben gegeben. Sie hatten ihm seine enormen Schulden gestundet. Nichts weiter. Wer wäre denn schon so blöde seinem Schuldner kurzerhand den Halz umzudrehen?

Das alles geschah in den ersten Nachkriegsjahren, damals als das Großdeutsche Reich seinen wahnsinnigen Vernichtungskrieg verloren hatte, als die Menschen der befreiten Gebiete wieder begonnen hatten aufzuatmen. Seitdem ist Deutschland kapitalkräftig geworden. Es ist durchaus in der Lage seine Schulden zu bezahlen.

## Kündigung des Londoner Abkommens

Aus diesem Grunde fordern wir unsere Regierung auf, das Londoner Moratorium unverzüglich zu kündigen. Dies verlangen wir umso mehr, als die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorgibt erst dann zu bezahlen, wenn ein Friedensvertrag mit einer Regierung des gesamten Deutschland abgeschlossen sein wird. So wie die Umstände liegen und die weltpolitische Gesamtlage sich uns zeigt, ist in hundert Jahren nicht mit einem Friedensvertrag zu rechnen, der mit einer Regierung des gesamten Deutschland abgeschlossen werden könnte. Einer solchen Illusion geben wir uns nicht hin.

Anstatt sich solche Anrempelungen wie diese seitens der Bonner Regierung gefallen zu lassen, sollte unsere luxemburgische Regierung ernstlich eine Anerkennung der D.D.R. in Erwägung ziehen. Dieses zweite Deutschland ist eine reelle Tatsache geworden.

Die Konklusion zu der die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Schreiben an unsere luxemburgische kommt, ist eine Anbiederung, die ihres gleichen sucht. Darin wird nämlich behauptet: «Die völkerrechtswidrige Einziehung zur Truppe und die sich daraus ergebenden Folgen können jedoch nicht mit der Verfolgung der Juden und anderer rassistisch, religiös oder politisch Verfolgter gleichgestellt werden.»

Das ist der Gipfel der Unverschämtheit.

Menschen zu verfolgen weil sie Juden sind, weil sie anderer Rasse sind, weil sie ihre eigenen religiösen und politischen Ueberzeugungen haben, sind eine Art von Verbrechen. Bürger eines überfallenen Landes, das zudem noch zum Feindstaat erklärt worden war, in die Armeen des Verbrecherstaates zu zwingen um sie gegen die eigenen Brüder und Freunde in den Kampf zu werfen, ist ein Verbrechen wie es dämonischer keines gibt. Was das Großherzog-

tum Luxemburg anbelangt, war die Zwangseinziehung seiner Staatsbürger zur deutschen Truppe im letzten Krieg das Kapitalverbrechen des Jahrhunderts. Und wir die Betroffenen schleudern euch unverbesserlichen Uebermenschen germanisch-teutonischer Herkunft entgegen: Unsere toten Kameraden wären viel lieber in euren Konzentrationslager krepieren als sich von Freundeskugeln totschießen zu lassen. Wir, die wir heute imstande sind euch diese Schmach ins Gesicht zu schleudern, wir hätten tausendmal lieber eine Konzentrationshaft überlebt, als zusammen mit euren «Landser» im Schützengraben gestanden zu haben gegen unsere alliierten Freunde. Für uns wäre alles viel einfacher gewesen. Wir hätten auf niemand Rücksicht zu nehmen brauchen. An uns habt ihr Deutsche ein Verbrechen begangen, das auch nur in etwa wieder gut zu machen, ihr nicht imstande seit. Das ist eure Schande!

e.a.

Le nouveau centre de la mode internationale

# Rosenstiel

## NOUVEAU PARIS

Coin Grand'rue à Luxembourg

## Un Parlement, pour quoi faire ?

Il n'y a pas à dire: Nos politiciens sont à la page! La preuve? — Dans le «Républicain Lorrain» du 20 avril 1971, Monsieur Jacques Santer «secrétaire général adjoint du parti chrétien social», s'adonne (déjà!) à la critique d'un «petit ouvrage que le député français André Chaudenagor», sous le titre mentionné, a publié aux Editions Gallimard, en 1967.»

Il faut donc vraiment l'avouer: Nos politiciens sont d'une vélocité exemplaires!

Nous ne voudrions même pas insinuer que c'est là la raison qui fait dire à M. Santer, qu'il y a «lieu de faire une nette différence entre le système parlementaire français et celui de notre pays», mais nous tenons à retenir la phrase suivante: «Toujours est-il que la tendance à la

prédominance de l'exécutif et corrélativement au déclin du Parlement, mérite une prise de conscience de la part des hommes politiques et appelle certaines considérations de principe.»

Il y a donc prédominance du pouvoir exécutif et déclin du Parlement, c'est-à-dire du pouvoir législatif dans la vie politique de notre pays. Et ce n'est pas nous qui l'avons dit, du moins pas cette fois-ci. Car, nous avons, dans notre «Sacrifiés», retenus ces deux faits déjà depuis un certain temps. Une prise de position à cet égard n'aurait donc pas eu besoin d'attendre M. Santer au 20 avril de cette année-ci. Et on ne contredira certainement pas notre prétention, qu'en général comme dans ce cas précis,

un diagnostic précoce équivaut à une demie guérison.

Mais si nous sommes d'accord sur les faits, il s'en faut de beaucoup quant aux causes. Voyons d'abord ce qu'en dit M. Santer:

«La dévalorisation du Parlement, le déclin de son autorité et sa réputation découlent du passage de la société libérale au «Welfare State.» La gestion d'un Etat moderne exige notamment des arbitrages techniques dont les parlementaires sont mal préparés à peser les termes et à endosser les responsabilités.»

Ceci semble logique et concluant, tout en ne l'étant pas. Car si le «Welfare State» était à la base de la dévalorisation du Parlement, il faudrait répondre à la question, si cette forme de gouverner ne constitue pas qu'une sorte de raison artificielle, créée par l'exécutif pour justifier son empiètement sur le domaine réservé dans la démocratie au Parlement.

En d'autres termes: Si l'on veut remédier à des malaises, il ne faut pas arrêter ses recherches à mi-chemin, mais aller au fond des choses. Autrement on ne peut s'attendre à une véritable guérison. A moins que celle-ci ne soit pas le vrai but auquel on vise.

Ce raisonnement vaut d'ailleurs aussi pour «les parlementaires mal préparés». Le constat du fait ne peut suffire pour remédier à l'état des choses; les racines du malheur doivent être mises à découvert. Ce n'est qu'alors qu'on connaîtra vraiment le remède à utiliser avec succès. Nos médecins ne sauront vaincre le cancer qu'au moment de la découverte de son origine.

Nous, les «Sacrifiés», nous avons dénoncé cet origine par les mots suivants:

«Wenn diese (unsere Herren Deputierten) nämlich in ihren Debatten kein Niveau halten oder wenn sie sich als Legislative von der Exekutive Befehle erteilen lassen ohne sich dagegen zu wehren, dann sind sie selber Schuld an einem Verlust an Prestige.»

Vous voulez savoir quand ces mots furent écrits? Vous n'avez qu'à lire la page no 4 de notre No 6 de l'année - - - -1967! — Oui, la même année qu'a paru le petit ouvrage de M. Chaudernagor! Il ne nous fallait donc pas quatre ans, comme M. Santer, pour «découvrir» ces faits regrettables. Car regrettables, ils le sont, puisque la confusion des pouvoirs dans une démocratie mène infailliblement à la dictature.

Comme nous ne saurions admettre sérieusement que des hommes, tel M. Santer, n'avaient pas connaissance de ce danger grave, et comme, d'un autre côté M. Santer, dans son article, ne reste qu'à la surface du problème sans même indiquer — après quatre années de réflexion — un vrai remède, nous sommes amenés à poser la question: «Pourquoi?» Ceci d'autant plus que l'auteur signe en sa qualité de «secrétaire général adjoint» de son parti.

Serait-ce parce qu'il (ou son parti) est d'avis que le Parlement, en tant que représentant du peuple, n'est plus efficace et qu'il faudrait

le changer en représentation des **partis politiques**? Cette question n'est pas si mal fondée qu'elle le paraît à première vue. En réalité cette idée a été émise, il y a un an à peu près, par un autre parti lors d'une pré-décision de notre Chambre d'opérer une réforme de la Constitution actuelle du Grand-Duché de Luxembourg, dans laquelle le mot «parti» n'a pas de place.

Une telle modification serait certainement d'un avantage énorme pour nos partis politiques, étant que notre exécutif n'aurait plus besoin de faire croire au peuple, qu'elle a de grandes difficultés à rallier les parlementaires de son propre bord à ses propositions pour les changer en loi. Et ce qui serait bien pire: Une telle manoeuvre couronnerait la suprématie indiscutable des partis. Eux seuls pourraient alors décider de tout, les électeurs, les citoyens n'ayant plus le droit de choisir par lequel d'entre-eux ils se fassent gouverner.

Il ne resterait plus qu'un seul et tout petit pas à faire — celui de passer de l'hégémonie des partis à celle d'un seul parti — et nous serions retournés au temps de Monsieur Hitler. Ou, si vous préférez cette autre formule: Nous serions au niveau des soi-disantes démocraties populaires communistes.

A présent, traitez nous de pessimistes, de surfaiseurs, de pousseurs à l'extrême ou de choses semblables, c'est votre bon droit. Mais, pour l'avoir ressentie de notre propre peau, nous sommes les adversaires jurés de toute dictature, de quel côté qu'elle vienne ou sous quel emballage qu'elle se présente. Nous nous tenons à ce mot d'Erich Kästner disant qu'il faut combattre les dictatures avant qu'elles ne soient établies. Après, ce sera trop tard!

d.f.

POUR VOS CHAUSSURES:  
UNE SEULE ADRESSE:

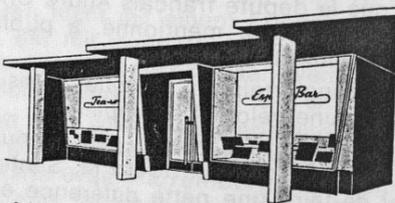
**Chaussures Margot**

Propriétaire: THOSS-JACOBS

ESCH-SUR-ALZETTE

22, avenue de la Gare - Tél.: 532 68

**Steichen**



pâtissier-confiseur  
luxembourg. 47, av. de la liberté-tél. 27435

**Antrag auf Anrechnung der Jahre zur Pension welche durch die Zwangsrekrutierung verloren gingen.**

An den Präsidenten der

\* Caisse de Pension Agricole, 16, bd. d'Avranches, Luxembourg

\* Caisse de Pension des Artisans, 39, rue Glesener, Luxembourg

\* Caisse de Pension des Commerçants et Industriels, 39, rue Glesener, Luxembourg

\* Caisse de Pension des Employés Privés, 6, bd. Royal, Luxembourg (pour professions indépendantes).

Herr Präsident,

Unterzeichneter, Name

Vorname

Beruf

wohnhaft in

Tel.

beantragt hiermit die Anrechnung der Jahre, welche ihm durch die Zwangsrekrutierung verloren gingen. (Art. 5 des Gesetzes vom 28. Juli 1969 betreffend den Rückkauf von Pensionsversicherungszeiten.) Ich war zwangsrekrutiert

vom

bis

Durch Kriegseinwirkung konnte ich meine selbstständige

Berufstätigkeit erst am

aufnehmen\*, wiederaufnehmen\*.

den

Unterschrift

Bescheinigung auf der Rückseite

\* Zutreffendes unterstreichen.

Hier abtrennen

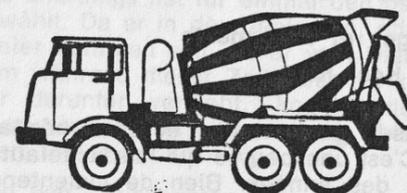
LITERIE

**AACH-SENDER**

LUXEMBOURG

52, Avenue de la Gare

- Sa Literie
- Son Rayon de Blanc
- Ses Rideaux et Tentures
- Ses Voitures et Lits d'enfants



**Bétons FEIDT**

Siège social: 36, avenue des Archiducs  
LUXEMBOURG

BETON PRÉPARÉ DE TOUTES QUALITÉS

Installations de Howald - Tél. 201 81 (x)  
Folschette - Tél. 615 83

**FEIDT Frères**

PRODUITS DE CARRIERES

36, avenue des Archiducs

LUXEMBOURG Tél. 201 81(x) - 21353 - 469 25

(durch die Gemeindebehörde oder durch das Kriegsschädenamt.)

Es wird hiermit bescheinigt, daß Herr ..... in der Zeit vom ..... bis zum ..... zwangsrekrutiert war und aus diesem Grunde keine Beiträge zu seiner Pensionskasse entrichten konnte.

....., den .....

Unterschrift  
und Stempel

Vient de paraître

## 10 mai 1940 en Luxembourg

Témoignages et Documents

par Henri Koch-Kent

Disons-le sans tarder et sans hésitation aucune: C'est une oeuvre qui faisait défaut depuis bien des années. Bien de malentendus, d'erreurs, de récits purement fantaisistes, de diffamations, en relation avec cette date fatidique, nous auraient été épargnés.

Comme on le sait, c'est le livre «Commandos et 5e colonnes» de M. Pierre Ordioni, avec ses atteintes à la bonne renommée patriotique de la population luxembourgeoise, qui a été au départ des recherches de Henri Koch, recherches aux fins de trouver non seulement la parade aux accusations débitées à la légère (pour ne pas admettre la mauvaise volonté de son auteur), mais, au delà la vérité authentique sur les événements des premières heures de l'invasion allemande de notre territoire national.

Et en effet, Henri KOCH, dans son livre, a bien dépassé la polémique que le sujet prescrivait à première vue. Tout en repoussant, d'une façon inconditionnée, les diffamations élevées contre la population grand-ducale entière, l'auteur nous fait vivre les incidents, qui se sont déroulés dans tout le Grand-Duché, tant durant

ce jour mémorable que durant la nuit précédente. Le nombre imposant de témoignages et de documents, d'origine française, luxembourgeoise et allemande, qui sont cités le long de tout l'ouvrage, constitue la preuve irréfutable qu'HENRI KOCH s'est adonné à un travail de bénédictin, qui confirme, outre ses connaissances profondes de la matière (due à ses expériences personnelles remontant au début des années de 1930 à 1940), son sens judicieux vis-à-vis de la vérité historique.

Le livre «10 mai 1940» nous relate les faits de la campagne de l'Ouest, pour autant qu'ils concernent notre petit pays, aussi bien du point de vue des Allemands (militaires et agents du service secret «Abwehr») des Français (également militaires et service secret, ainsi que d'historiens militaires), que de témoins oculaires luxembourgeois. Henri Koch a, de cette façon, réalisé une oeuvre, qui, tout en colmatant une lacune impardonnable, instruira les générations d'après guerre, en même temps qu'elle complètera les connaissances des «anciens», témoins de la grande tourmente. Il a pris la défense de l'honneur de notre patrie, rassemblant les té-

moignages sur l'aide que nombreux Luxembourgeois ont apportée aux anciens prisonniers de guerre français, évadés des camps allemands, lors de leur traversée de notre pays. Il nous fait connaître les grands mérites de certains compatriotes, qui, tel Paul FISCH, n'ont jamais été à l'honneur, pourtant si hautement mérité.

Bref, avec le livre «10 mai 1940», Henri KOCH a présenté une oeuvre d'envergure, qui mérite la plus grande répartition, bien au-delà du cercle des personnes directement intéressées à l'histoire contemporaine. Aussi sommes nous d'avis que notre Ministère de l'Education

Nationale ne commettrait nul faux-pas, en l'introduisant dans nos écoles moyennes et supérieures. Ce serait un gain certain pour nos cours d'histoire.

Relevons encore un détail, qui ne saurait que rehausser la valeur de la nouvelle parution: Le livre est écrit en un français à la portée de tout le monde et dans un style, qui, malgré l'âpreté de la matière, vous prend et tient de la première à la dernière des trois cent trente-six pages.

Là encore, Henri KOCH a réalisé un grand coup.

F. Steffen

Le volume illustré 15,5x23,5 cm - 336 pages  
290,— frs.

**PRIX DE SOUSCRIPTION: frs. 240,—**

Prière de verser le montant au CCP 703 del'Imprimerie Fr. Faber, Mersch.

L'ouvrage contient, en annexe, des textes inédits ou peu connus, des reproductions de lettres, les rapports de gendarmerie du 10 mai 1940 ainsi que des extraits de publications étrangères et luxembourgeoises.

«C'est un sujet neuf que vous avez abordé. Votre intention première était de laver la population luxembourgeoise d'accusations injustes. Finalement, vous avez atteint votre but, mais vous aurez fait mieux encore: vous aurez comblé une lacune, l'histoire récente ayant toujours été une branche négligée à Luxem-

bourg.» — Jacques WILLEQUET, professeur historique du Ministère des Affaires étrangères belge.

Publié sous le patronage des **Anciens Combattants luxembourgeois de la guerre 1939-1945**, avec le concours des **Amis de l'Histoire** des villes de Differdange et Esch-Alzette, le livre est dédié à l'Enseigne de Vaisseau Lucien Desschâtres, Commandant du chasseur de sous-marins P 40, qui n'a pas un seul jour abandonné le combat pendant la période qui a suivi le cessez-le-feu du 17 juin 1940.



## Bina und der Krieg



VII

Es ging auf Weihnachten zu. Aber an diesem Sonntag steht das Stimmungsbarometer dennoch nicht auf allzu gut, gibt es doch erst am nächsten Tag Löhnung! Und kalt ist es noch dazu.

Doch Bina und seine Freunde können es sich trotzdem nicht versagen, «ihrem Bistro» einen Besuch abzustatten. Schließlich kann man ihm nicht so ohne weiteres untreu werden! Außerdem gibt es dort seit einigen Tagen eine neue Kellnerin! «E l'eft, mockelegt Könnchen!» (Mehr darüber verrät Bina nicht in seinen Aufzeichnungen.)

Der Dienst am Montag hat alle lieblichen Gedanken recht bald verscheucht. Und am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag ist es nicht besser, Zackig geht es her, und der allbekannte Wassergraben spielt dabei wieder eine Star-Rolle.

Bina allerdings hat für einmal den besseren Teil erwählt. Da er in der geplanten, offiziellen Christfeier auftreten soll, ist er vom Dienst befreit, um während dieser Zeit üben zu können. Was er darunter versteht, kommt allerdings einer geruhsamen Freizeitgestaltung weit näher als einem intensiven Training.

Dann war Weihnachten, das große, heilige Fest, das die Deutschen seit eh und je so gerne für sich monopolisieren möchten. Und es «stieg die geplante Christfeier. Einer der Höhepunkte unter dem Lichterbaum war Bina's Nummer: Er ahmte Tierstimmen nach. Dann gab es noch ein Quintett, das Luxemburger Lieder sang. Noch nie hatte Bina das Lied «Iwer mir nôt é Stirchen» so schön gehört, wie an diesen Weihnachten 1942 in Dänemark. Was war Schuld daran? Die aufgezwungene deutsche Uniform? Oder der unfreiwillige Aufenthalt in der Fremde? Oder ganz einfach das Fernsein von der Heimat mit all den lieben Menschen zu Hause? Oder vielleicht das alles zusammen?

Es gab auch noch eine sog. Bierzeitung, in der über jede Stube und deren Einwohner ein hervorstechendes Merkmal festgehalten war. Von der 43 — Bina's Stube — hieß es: «Die Ruhe ist dem Menschen heilig; nur ganz Verückte haben's eilig!» Es war gewissermaßen die Devise der Stube und ihrer Belegschaft.

Und abends — auch das gehörte zu einem wahrhaft deutschen Christfest — gab es Nachturlaub bis Mitternacht. Doch gerade dieser Festteil, den sich Bina und Konsorten als den absoluten Höhepunkt des Tages vorgestellt hatten — vor ihrem geistigen Auge war die Vision einer gewaltigen Ess- und Trinkschlacht in «ihrem» Bistro in aller Deutlichkeit gestanden —, gerade dieser Teil brachte eine herbe Enttäuschung. Denn er fand nicht statt. Er konnte einfach nicht stattfinden, weil an diesem Tag, als sei es ein Fluch, kein einziges Café-Haus geöffnet war. Ja, die Dänen hatten ihre eigene Art, Weihnachtsen zu feiern!

So schlichen denn die Nachturlauber wieder zurück nach Stube 43 und droschen dort eine Partie «Belotte».

Dafür wurde der Stephanstag zum Tag der Rache. Man ging nun wirklich aus und startete ein wahres Großunternehmen; Zweimal wurde an diesem Abend zu Nacht gespeist, wobei «eng fatzeg Kottlett» die am Vortag so tief gesunkene Moral wieder mächtig anhub. Eine Flasche «St. Emilion», die sich Bina und Braun's Ferd dazu leisteten, tat ein übriges in dieser Richtung, was ihnen für den Rest der Nacht einen wundervollen Schlaf beschied.

Sonntag, 27. Dezember 1942. Die Wehrmacht hatte wiederum etwas für die Freizeitgestaltung ihrer «Schützlinge» vorgesehen. Nein, nein! Dieses Mal war es kein Maskenball, kein Budenzauber; es war eine wirkliche Abwechslung vom Kasernenalltag. Auf dem unweit gelegenen Sportfeld fand ein Handballspiel statt. Was gewiß willkommener war als etwa der Dienst am Wassergraben. Allerdings wurde die Freude darüber erheblich gemildert durch den Umstand, daß das Zuschauen Pflicht für die ganze Batterie war. Wenn Zwang schon an und für sich nicht gerade freudeerregend wirkt, (und auf die Luxemburger während des Krieges erst recht nicht!) so gab es für Bina und seine Genossen noch einen weiteren Grund, sich vor diesem «Sportgenuß» möglichst zu drücken: Das Wetter — um diese Jahreszeit leicht begreiflich — war nicht gerade einladend für einen längeren Aufenthalt im Freien. Ja, man durfte sogar mit Fug und Recht behaupten, daß es draußen saukalt war. Jedenfalls war ein Verweilen in einem geschlossenen Raum bei weitem vorzuziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß man dort arbeiten mußte!

Also schnappten sich Bina und Co je ein Messer, zogen zur Küche und meldeten sich freiwillig zum Kartoffelschälen. Und da diese Gesellschaft nie um eine Ausflucht verlegen war, dauerte diese Tätigkeit nur solange, bis der Rest der Batterie zum Sportereignis abmarschiert war. Von diesem Augenblick an liessen sie Kartoffeln Kartoffeln sein und versammelten sich unauffällig, aber wohlgenut auf ihrer Stube um den wohligh bullernden Ofen zu einer ergiebigen und herzerfrischenden «Belotte».

Und am späten Nachmittag, gegen 5 Uhr, — war wieder einmal! — für Bina und Freund Ferd

(Braun) der Zeitpunkt gekommen, einen Ausgang zu unternehmen. Die beiden hatten sich einen netten Plan zusammengestellt: Um 6 Uhr würden sie in ihrem «Bistro» eintreffen; eine halbe Stunde später wäre die Zeit gekommen, ein saftiges, gewaltiges Beefsteack zu bestellen, das eine Stunde später unter Dach und Fach sein würde (wenn man diesen Ausdruck für einen anständigen Männermagen gebrauchen darf) und anschliessend würde man den Weg zur Kaserne einschlagen, um dort noch vor dem Schlafengehen einen Brief nach Hause zu schreiben.

Der Plan war gut. Die Durchführung erbrachte einen völlig anderen Verlauf.

Der erste Teil verlief wie vorgesehen. Wie sollte es auch anders sein?! Schließlich mußte man ja ins Bistro gelangen, andernfalls es nicht so richtig Sonntag für Ferd und Bina gewesen wäre. Doch dann verlief alles anders als geplant.

Bina und Ferd waren zunächst die einzigen Gäste im Lokal. So begannen sie ein Gespräch mit dem Servierfräulein, das sie inzwischen auf den Namen «Margot» getauft hatten. Doch schon nach einigen Sätzen, die sich natürlich um Politik drehten, ging erneut die Tür auf, und zwei «Danske» (zwei Dänen) betraten ebenfalls die Gaststube. Da Bina und Ferd nicht im direkten Blickfeld der Neuangekommenen saßen, wurden diese erst auf sie aufmerksam, nachdem «Margot» die Beiden bedient und einige Worte mit ihnen gesprochen hatte. Da offerierten die Dänen unseren Freunden eine Tournée». Worauf ihnen prompt eine «Africaine» gegengeboten wurde. Nun hätte er sich für sich einem handfesten Dialog nicht mehr entgegengestanden, wenn . . . die einen Dänisch, die andern etwas anderes als Dänisch zu sprechen imstande gewesen wären! Aber was Dänisch für die Luxemburger, das war Deutsch, Englisch oder Französisch für die Dänen, Böhmisches Dörfer! So mußte «Margot» schnurstraks einen neuen Beruf erlernen: Sie wurde von einer Minute zur andern Dolmetscherin. Und siehe da! es ging ganz gut. Vor allem eine ging fast sofort ohne «Margot's» Hilfe: «Skål for Danmark and Luxemburg! Worauf eine neue Tournée fällig war. Und «Margot» sorgfältig für Nachschub. - - -

Aus 2 Dänen wurden deren 8. Nein, nicht etwa 4, die Bina doppelt gesehen hätte. Es waren wirklich 8 Dänen, die mit unseren zwei Freunden am Tisch saßen und mit ihnen «skolten». Darunter war ein Friseur, der im Laufe des Gespräches behauptete, er bekomme nur alle drei Wochen Schweinefleisch zu sehen. Was für einen Dänen immerhin außergewöhnlich, um nicht zu sagen unmöglich erschiele. Erst als er bekannte, er müsse jede dritte Woche in die Kaserne kommen, um den «Jépaucher» die Haare zu schneiden, da ging Bina der eigentliche Sinn des Ausspruches auf!

Das war die Richtung, in welcher das Tischgespräch sich bewegte.

gestellt, die in der Behandlung der Zwangsrekrutierten und deren Angehörigen noch bestehen konnten. Eine der Zielsetzungen dieses Gesetzes bestand in deren Abschaffung. Insbesondere sollte den Zwangsrekrutierten das moralische Statut zugestanden werden, auf welches sie legitimen Anspruch haben.

Abänderungen des Kriegsschädengesetzes erfolgten besonders im Hinblick auf die Gleichstellung für Körperschäden.

Die Abgeordnetenkammer wollte nicht weitergehen. Nach Feststellung, daß das Kapitel der materiellen Entschädigungen, intern gesehen, als abgeschlossen galt, hat die Kommission der Abgeordnetenkammer Artikel 7 des Regierungsentwurfes gestrichen, der auf Grund von Artikel 30 des Gesetzes von 1950 vorsah, bei gewissen Fällen längerer Zwangsrekrutierung die Pauschalabfindung einer Revision zu unterwerfen.

Umso mehr scheint es der Regierung unangebracht, nach drei Jahren, die Debatte über das Kriegsschädengesetz wieder zu eröffnen, weil dann zu befürchten ist, daß Änderungen eines Teiles zahlreiche andere nach sich ziehen werden. Die öffentliche Meinung würde ein Wiederauflösen des Gesetzes von 1950 durch zusätzliche Forderungen der einzelnen Gruppen nicht billigen.

2) Der Standpunkt der öffentlichen Instanzen gestern und heute, tut dem Entschädigungsanspruch der Zwangsrekrutierten gegenüber dem Okkupanten keinen Abbruch, soweit dieselben Opfer ungerechter und illegaler Maßnahmen waren. Uebrigens haben die sich folgend den Regierungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Forderungen der Mitglieder Ihrer Organisation gegenüber Deutschland unterstützt. Dieser Standpunkt entsprach übrigens den eigenen Ansichten Ihrer Vereinigung, so wie sie im Monatsheft Nr. 2 «Les Sacrifiés» des Jahres 1967 Ausdruck finden. (Siehe Artikel: «Erste Feststellungen zu dem neuen Gesetz.») Dort wird betont, daß die Forderungen der Zwangsrekrutierten sich ausschließlich an Deutschland richten.

3) Sie fordern, daß die Zwangsrekrutierten als patriotisches Opfer anerkannt werden, genau wie jene Personen, die in Artikel 36 des Gesetzes von 1950 aufgezählt sind und, daß sie ebenso entschädigt werden, wie die in Artikel 39 c angeführten Opfer.

Dazu weise ich darauf hin, daß Artikel 43, genau wie der Artikel 36 und 39c unter dem Titel II aufgeführt sind, der wie folgt lautet:

«Entschädigung für Gehalt-, Lohn- oder Normaleinkommensausfall jener Personen, die als Opfer ihrer patriotischen Haltung und durch eine Maßnahme des Feindes geschädigt wurden.» Derselbe Artikel findet übrigens Anwendung auf die Zwangsrekrutierten «soweit sie nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen entschädigt wurden.»

Man kann also schlußfolgern, daß das Gesetz hinsichtlich der patriotischen Gleichstel-

lung keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Gruppen macht. Der Unterschied im Entschädigungsmodus beruht einerseits auf praktischen Ueberlegungen, andererseits auf der Verschiedenheit der Behandlung, welcher der Okkupant die eine oder andere Gruppe unterzog.

Die Regierung hat immer anerkannt, daß die Pauschalentschädigung von Artikel 43 in gewissen Fällen Härten und Ungleichheit nach sich zog. Deshalb hatte sie den Artikel 7 im Jahre 1967 vorgeschlagen, Artikel den die Abgeordnetenkammer dann gestrichen hat.

4) Sie schlagen vor, die Pauschalentschädigung des Artikels 43 durch eine formelle Abänderung des Gesetzes revisionsmöglich zu machen. Es wäre vorausgesetzt, daß die Interessenten darauf verzichten, ihre Rechte auf Mehrentschädigung gegen den Luxemburger Staat geltend zu machen. Dieser Vorschlag scheint mir schwer zu verwirklichen, sowohl in Anbetracht seiner praktischen als juristischen Aspekte.

5) Die Regierung hat jedoch ihr Einverständnis gegeben, jene reglementarischen oder gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, die sich im Falle einer direkten oder indirekten Entschädigung durch Deutschland als notwendig erweisen.

Die von mir in der Vergangenheit getroffenen Initiativen hinsichtlich der Forderungen der Zwangsrekrutierten beweisen zur Genüge, daß ich niemals verfehlt habe, die Wünsche ihrer Mitlieder gründlich und wohlwollend zu untersuchen. Sie können also versichert sein, daß es auch so sein wird, falls die auf internationalem Plan unternommenen Schritte zu einem Erfolg führen, so wie es auch für die anderen Ansprüche sein wird, die mit dem Allgemeinwohl vereinbar sind.

6) Ich nehme weiter Bezug auf unsere verschiedenen Unterredungen, die sich auf die Gründung eines Sozialdienstes für die Zwangsrekrutierten, Opfer des Nazismus, beziehen. Ich erkenne an, daß man den Zwangsrekrutierten die Verfahren bei den verschiedenen Verwaltungen erleichtern soll, und zwar mit Hilfe eines Beamten, der ihnen zur Verfügung steht. Ich werde nächsten auf diese Frage zurückkommen und Ihnen einen konkreten Vorschlag machen.

Ich versichere Sie, meine Herren, meiner sehr geschätzten Hochachtung.

Der Staatsminister  
Präsident der Regierung  
gez. Pierre Werner.

Wie bereits vorhin erwähnt, enthalten wir uns all das zu wiederholen, was dazu bereits alles gesagt und geschrieben wurde. Wir werden noch Gelegenheit haben darauf zurückzukommen.

Seitdem nun dieser Brief geschrieben wurde hat sich einiges ereignet, wie wir bald sehen

werden. Des besseren Verständnisses wegen legen wir unsern Lesern den Text eines «aide-mémoire» vor, sowie er allen Ministern im Monat März dieses Jahres zugestellt wurde. Innerhalb der Demokratischen Partei gibt es eine Kommission, welche sich vornehmlich mit eben diesem Aspekt der Zwangsrekrutiertenfrage beschäftigt. Diese Kommission arbeitete einen ähnlichen Text aus, der die Zustimmung aller Parteigremien erhielt. Weshalb gibt es in der C.S.V. und in den andern staatserhaltenden Parteien nichts Aehnliches?

#### Unser MEMORANDUM.

In dem hier nachfolgenden Text hat die Föderation der Zwangsrekrutierten ihre Vorstellungen niedergeschrieben, so wie sie das Kriegsschädengesetz abgeändert haben möchte. Schon allein daraus geht eindeutig hervor, wie weit die Standpunkte von einander entfernt sind.

«**Concerne:** Modification de la loi sur les Dommages de Guerre.

«Afin d'écarter toute équivoque, la Fédération des Victimes du Nazisme, Enrôlées de Force a formulé ci-après le texte précis et concis pour la modification de la Loi du 25 février 1950 sur les Dommages de Guerre. «Seule la modification de cette loi, telle qu'elle est proposée par la Fédération des V.N.E.F., éliminera définitivement toute discrimination et donnera satisfaction aux victimes du nazisme, enrôlées de force. En conséquence, ces derniers exigent l'assimilation pure et simple aux autres victimes patriotiques. A cet effet les modifications suivantes sont à apporter aux deux articles suivants:

«L'article 36 est à compléter par l'ajouté:  
9° Les personnes, qui par suite de décrets illégaux et de mesures de persécution par l'occuoant, ont été déportées pour être soumises au service militaire ou paramilitaire forcé, tant celles qui ont été effectivement astreintes que celles qui, en qualité de réfractaires, se sont soustraites audit service militaire ou paramilitaire.

«L'article 43 aura la teneur suivante:

Les indemnités payées aux personnes visées à l'article 36 sub 9° sont à considérer comme avance.»

Gegen diese, unsere Forderung wehrt sich der H. Staatsminister mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Unsere Forderung ist keineswegs neu. Erhoben wurde sie bereits vor dem Votum des Kriegsschädengesetzes vom 25. Februar 1950. All die Zeit danach wurden sie aufrecht erhalten. Sie ist demnach wiederzufinden im Projekt unseres Statuts, das leider niemals in seiner uns Genugtuung gebenden Form verwirklicht wurde. An seiner Stelle steht heute das Gesetz vom 25. Februar 1967, auf welches der H. Staatsminister sich beruft. (Siehe seinen Brief.)

In diesem Gesetz gibt es einige recht brauchbare Elemente sozialen Charakters. Dies haben wir seinerzeit ohne Umschweife anerkannt. Aber

der Kern unseres Problems blieb ungelöst. Die im Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950 enthaltene Diskriminierung war damit keineswegs aus der Welt geschafft. Letzteres, wie ebenso der «Schandvertrag» zwischen Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland, sind und bleiben elendige Schandflecken in der Geschichte des Großherzogtums Luxemburg. Einer zog den anderen nach sich. Es zeigt sich heute, welche Schwierigkeiten daraus entstanden sind. Daß vorbeugen besser als heilen ist, bewahrheitet sich auch in diesem Fall.

Uns Zwangsrekrutierten geht es ausschließlich darum, jetzt und später, für die Nachwelt, nicht als Bürger zweiter oder dritter Kategorie hingestellt zu werden. Wir fordern, daß eindeutig und klar festgelegt wird, daß wir im letzten Krieg unsere Pflichten voll und ganz gegenüber dem Land und der Nation erfüllten. Es darf nirgendwo in luxemburgischen Gesetzen auch nur der Hauch eines Zweifels gerade darüber bestehen bleiben. Aber das will niemand begreifen. In C.S.V.-Kreisen wird unerbittlich gegen die bessere Einsicht gekämpft. Ihre Antwort auf unser Begehren ist ein kategorisches Nein. Und dabei leistete der «Conseil National de la Résistance» willkommene Schützenhilfe. (Siehe Brief des C.N.R. auf Seite 18 in der Nr. 2/71 von «Les Sacrifiés».)

Das ist also die Stellung, die der Staatsminister bezogen hat. Sie war und ist negativ. Vermutlich handelt es sich um jenen Brief, den wir vorhin wiedergaben, auf den sich H. Nic. Mosar berief. Sollte es neben diesem Brief noch einen anderen des Herrn Staatsminister geben, so entzieht sich das unserer Kenntnis.

#### Die C.S.V. ist bereit . . . .

Feststeht eines: Die C.S.V. ist nicht gewillt irgend etwas am Kriegsschädengesetz zu ändern. Deswegen mutet uns der letzte Satz des Zitates aus dem Bericht des «Luxemburger Wort» als reines Gefasel an. Dort heißt es:

«Die C.S.V. ist bereit jedwede Lösung anzunehmen, unter der Bedingung, daß sie allen Seiten gerecht wird und für beide bindend ist.»

Um eine Lösung (hier ist zu betonen, daß nicht irgend eine Lösung in Frage kommt; sondern eine ganz bestimmte) annehmen zu können, muß sie erst erstrebt, erarbeitet werden. Aber gerade hier ist der wunde Punkt. Oder wäre jemand so naiv zu glauben, die C.S.V. erreiche es gegen den Willen ihres Parteimitgliedes, Herrn Pierre Werner, den Zwangsrekrutierten Genugtuung zu geben, indem das Kriegsschädengesetz abgeändert wird? Aber nein! Das vermag auch nicht einmal die mächtige Volkspartei der Christlich-Sozialen, trotz ihrer 7.000 Mitglieder.

Wenn wir uns täuschen sollten, und die C.S.V. tatsächlich «jedwede Lösung der Zwangsrekrutiertenfrage» annehmen würde, dann bitte ihr Herren: «Tretet ein bei Herrn Werner, damit

## Och eng Spicht



## vum RENERT

#### 6. Gesank

So' huet dann onse Finett  
Sech a seng Heip gemät.  
En hât dés Politiken  
Op länge Jôre sât.

Gedâmecht war sei Rieden  
Huet hien e Frönn'd getraff;  
U jeitzen nôt ze denken!  
De Rénert hât s'am Graff.

Eso' ass muenech Wanter,  
Muench Summer och vergâng;  
De Finett ass scho gro gin:  
Sein Hiescht huet ugefâng.

Hei enges îre'e Muergens  
— 't wo'sst kén so' recht fürwât —  
Huet Rénert op eng Rés sech  
An d'Adlerland gemät.

Och do go'f hien empfângen  
Ass we' e gro'ssen Här,  
We' wann en nie vum Adler  
So'weit verjôt gi wâr.

Versängten Adlerfied'ren  
Huet ne'rends me' et gin,  
An och beschnidde Krallen  
Konnt nômmescht me' gesin.

An aus dem Adlerschniewel  
War d'Schârt erausgeschlaff.  
«Ganz secher de't et bludden  
Ge'f é vun him getraff!»

So' huet a senger Klughét  
De Rénert sech geduecht  
An dofir le'wer se'er  
D'Gespre'ch op d'Drauwe bruecht.

Gewöss, hien hât vum Finett  
A senger ganzer Sâch  
A Sann gehât ze schwätzen.  
Hien hât et och gemâch,

Mâ we' du d'Ried op d'Drauwen  
An op de Wein gedre't,  
Du sôt sech onse Rénert:  
«Dât ânert konnt me' spe't.

Elei hues du en Thema,  
Do mëchs de dech bele'ft  
An d'Plâtz dass bei dém ânren  
Dein Himmel sech nés dre'ft.»

A we' him nach den Adler  
E Gielchen ömgehâng,  
Ass d'Sâch vum ârme Finett  
Beim Kârli fléte gâng.

Sie hun nach lâng gefeiert,  
Dèck Frönnschâft öfgeschloss  
An sech derbei ömârmelt,  
Et war lech e Genoss!

Ere'scht we' d'Stonn geschloen,  
Datt hien nés hém sollt gôn,  
Du frôt sech onse Rénert  
Wât hien dem Finn sollt sôn.

Well wann hie just mam Gelche  
Vum Adler komme ge'f,  
Da wâr et guernôt secher,  
Datt Finn nach ro'eg ble'f.

«Do muss ech eppes mâchen!»  
Huet Rénert sech gesôt,  
An hien huet gleich den Adler  
Als Frönd öm Rôt gefrôt.

Dé sôt o'nst lâng Bedenken:  
«Dât hammer in 'nem Nu.  
Mir tun em watt versprechen,  
Dann lāsst er dich in Ruh!»

A we' de Rénert hémko'm  
Huet hien de Finn geruff,  
A matt: «Dir könnt es frei mer gléwen:  
zerve'ert hien sei Bluff.

«Dir könnt es îrei mer gléwen:  
D'Affâr, de' war nôt lîcht.  
An dach hun ech beim Adler  
Ganz Villes ausgerîcht.

Mir sollen him der schècken,  
Fir matt em éns ze gin,  
Dass d'Adlerkanner nôt me'  
Als Reibersleit do stinn.

Dir könnt es secher gléwen,  
Wann ech lech haut et sôn:  
All dât, wât Dir gefuerdert,  
Wârd an Erföllung gôn.

Nach haut gött — sidd es secher! —  
Eng Kommissio'n genannt,  
De' Aer Affâr verhandelt  
Bis alles unerkannt!»

A wierklech huet de Rénert  
Doranner Wuert gehâl.  
Ké Wonner! Well et war jo  
En Dél vu senger Fâl.

Als Spötzt îir ze verhandlen,  
Do gong e jonken Här.  
Dé war bei Adlerfroen  
Expert en la matière.

Well hien hât viru Jôren,  
We' gro'ss nach d'Adlerland,  
Sech zu dém stärke Reiber  
Aus îreier Le'ft bekannt.

Dofir ko'm îir de' Aufgab  
Kén âneren a Fro,  
Well hie stong jo so' quasi  
Als Kannd vum Adler do.

An och de' ronderöm en,  
Se sto'chen all ervîr:  
Den Ues, de Lûss, den lesel,  
De Ste'er an de Bîr.

Si hu se all vertrueden  
Aus Bösch an aus Gewân.  
Blo'ss eng hun nés, we' ömmer,  
Eng Ausnahm misste mân:

Dem Finett seng Famillgen.  
Sie war nés nött vertratt.  
De Rénert sôt ganz einfach:  
«Den Ues, dé mècht dât matt.

't ass ömmer nés dât selwegt  
Mam Finett senger Bannd:  
Wann én se könnt gebrauchten,  
Ass nie é bei der Hannd!»

So' sin se o'nst de Finett  
Dann iwer d'Musel gâng  
An hu mam neien Adler  
Ze mârten ugefâng.

### VORANZEIGE

Hatte schon der Text des «RENERT» — wie wir es in unserer vorigen Nummer vermelden konnten — großen Anklang gefunden, so hat es die dazugehörige Illustration noch mehr getan. Kein Wunder, daß uns die Frage erreichte, von wem dieselbe stammt. Nun, die Zeichnerin ist Allison KOCH-KENT, die Gattin von Henri-KOCH-KENT, dessen Buch «10 mai 1940 en Luxembourg» in diesen Tagen erschienen ist. Natürlich werden diese Zeichnungen von Allison KOCH-KENT auch im Buch «OCH ENG SPICHT VUM RENERT» enthalten sein. Und noch einige mehr. Was gewiß ein weiterer Grund ist, sich diese Neuerscheinung, die für Anfang Herbst dieses Jahres vorgesehen ist, bereits heute zu bestellen durch Einzahlen des Subskriptionspreises von 125,— Fr. auf das Konto des Autors

Fr. STEFFEN, Luxembourg,  
Staatssparkasse Luxemburg  
Nr. 1000/2194-3

Bitte die genaue Adresse, sowie den Vermerk «Rénert» nicht vergessen!